

Neues vom Augustuspark

Anfang 2020 wurde bei der WUB mehrfach nachgefragt, ob es richtig sei, dass der Teich im Augustuspark kein Wasser mehr führe und ob es durch den Neubau des „Augustusbades“ dazu gekommen sei.

Auf Nachfrage der WUB wurde dann von der Verwaltung mitgeteilt: Dieses wäre nichts Außergewöhnliches, schließlich hatten wir ja auch einen extrem trockenen Sommer und die Kapillarwirkung des Bodens würde zur Austrocknung führen. Ein Anwohner



meinte sogar, dass bei dem Neubau die Entwässerungsleitungen zu tief verlegt wurden. Wenn die Entwässerungsleitung nämlich tiefer liegt als der Teichgrund, dann wäre klar, wo das Wasser des Teiches bleibt.

Ein erstes Gespräch mit der Verwaltung war aufschlussreich, aber noch nicht klärend.

Beim zweiten Gespräch wurde sogar in Frage gestellt, ob es sich dort überhaupt um einen Teich geschweige denn ein Biotop handelt. Also bleibt dann wohl nur der Weg zum Kreis. Allerdings sickerte jetzt durch, dass das Grundstück der Kreissparkasse sein Regen- und Oberflächenwasser in den Teich einleiten würde. Dort habe man aber seit einem Jahr das Problem einer feuchten Tiefgarage und eines nicht zu betretenden Rasens.

Eine Rohrleitungsfirma soll eine Filmung der Leitung durchgeführt haben. Das Ergebnis ist eine durch Baumwurzeln verstopfte und zerstörte Leitung. Die Leitung wurde mittlerweile erneuert und die WUB hofft, dass der Wasserstand des Teiches wieder auf ein normales Maß ansteigen wird. Falls nicht, so bleibt dann immer noch der Weg zum Kreis. Die WUB bleibt dran.

*Jens Teschke,
WUB-Vorsitzenderr*

IMPRESSUM

Herausgeber: WUB Scharbeutz
Malkendorfer Str. 11
23629 Sarkwitz
E-Mail: info@wub-scharbeutz.de
Auflage: 10.000 Exemplare

Diese Ausgabe wird ausschließlich durch Spenden unserer Ausschussmitglieder finanziert.

Die abgedruckten Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder.

www.wub-scharbeutz.de

Ausgabe 2021

WUB INFO 2021

Berichte und Kommentare zu aktuellen Themen aus der Gemeinde



Düstere Zeiten für die Gemeinde-Kasse!

Wählergemeinschaft unabhängiger Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Scharbeutz



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger der Gemeinde Scharbeutz,

ein neues Jahr unter dem Einfluss von Corona hat begonnen. Wohin die Reise gehen wird, mag niemand vorher zu sagen.

Nur bei den Finanzen der Gemeinde ist die Richtung klar vorgegeben. So wird die Gesamtverschuldung der Gemeinde (inklusive Tourismusservice und Ortsentwässerungsbetrieb) zum 31.12.2021 auf sensationelle 45 Mio € ansteigen. Es scheint einen Wettbewerb. Wer schafft „als erstes die 100 Mio €“ unter den politischen Mitbewerbern in der Gemeinde zu geben. Nur wird es keinen Gewinner geben. Der Verlierer ist und wird der Bürger sein.

Die Finanzen, die Bäderbahn und andere Berichte über das Geschehen in der Gemeinde finden Sie in dieser Ausgabe der WUB-Info 2021. Im Internet sind diese Berichte und die der letzten Jahre unter www.wub-scharbeutz.de zu finden.

Die WUB wird auch in Zukunft das Schalten und Walten der Entscheidungsträger in der Gemeinde Scharbeutz kritisch begleiten.

Die WUB wünscht ihnen und ihren Familien ein gutes Jahr 2021.
Vor allem aber: Bitte bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Jens Teschke, WUB-Vorsitzender

WUB

Vorausschauend, kritisch, selbstbewußt - wir setzen uns politisch für Sie ein!
www.wub-scharbeutz.de

INHALT

Vorwort	2	Der Klingberger Apfel-Steig.....	10-11
380-KV-Leitung	3	Bezahlbarer Wohnraum	11
Pönitz - Endausbau Feldkamp	4	Warum es sich nicht lohnt.....	12-13
Klarstellung der WUB.....	5	Neubesetzung des Bauhofleiters	13
Straßenausbaubeiträge.....	6	Verabschiedung Bürgermeister	14-15
Bürgermeinung.....	7	Das Kostbarste, was wir haben.....	15
Die Bäderbahn	8-9	Augustuspark / Impressum.....	16

380-KV-Leitung durch unsere Gemeinde?

Und plötzlich kommt jetzt wohl alles anders. Der Wegfall der westlichen Variante sorgt, vor allem bei den Bewohnern des Binnenlandes, für Freude.

Nur für die Bewohner entlang der Autobahn (BAB 1), vor allem in Haffkrug und Scharbeutz, kommt es jetzt ganz dick!

Eine der allerersten Planungen sah vor, dass die Trasse entlang der BAB 1 führen sollte. Diese wurde aber relativ schnell verworfen. Stattdessen sollte die Leitung auf der westlichen Seite der Gemeinde Scharbeutz entlangführen. Warum kommt jetzt der Sinneswandel?

Darüber kann man nur spekulieren. Und hier eine mögliche Variante.

Es dürfte sich in allererster Linie um finanzielle Gründe handeln, denn selbst der Laie sieht auf der Karte, dass die Trasse entlang der BAB 1, deutlich kürzer ist. Das dürfte dann auch günstiger werden. Dazu gibt es auch noch ein Gesetz mit dem schönen Namen Trassenbündelungsgesetz. Das dürfte dann für die neue Entscheidung als einer der Gründe herhalten.

Hätte man sich vor einiger Zeit nicht sofort dazu entschlossen, die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) auf der östlichen Seite der BAB1 haben zu wollen, wäre man dem Antrag der WUB gefolgt erst einmal Lärmschutzgutachten zu erstellen, dann hätte dieses Gutachten vielleicht ausgesagt, dass der beste Platz für die Bahntrasse auf der westlichen Seite der BAB1 wäre. Dazu kam es aber nicht. Bürgerinitiativen, der Dorfvorstand und die politische Mehrheit lehnten den Antrag der WUB ab. Wer hier der WUB Weitsicht unterstellt, der mag Recht haben!



Jetzt, wo der Platz westlich der BAB 1 nicht mehr für die Hinterlandanbindung der FFBQ gebraucht wird, kann man doch die 380-KV-Leitung ganz prima dort hinbauen. Da die alte Vorzugsvariante, laut LN vom 20.08.20, vom Tisch ist, gibt es nur noch eins, was die Politik machen muss: Gerade in Haffkrug und Scharbeutz eine Erdverkabelung fordern. Gleichzeitig muss die bestehende 110-Kv-Leitung, die mitten über den Kiepenberg führt, auch unter die Erde gelegt werden.

Eine entsprechende Resolution wurde in der Gemeindevertretung vom 23.09.2020 von allen Parteien beschlossen und die Verwaltung wurde beauftragt, diese an das Land weiter zu leiten.

*Jens Teschke,
WUB-Vorsitzender*

Pönitz – Endausbau der Straße Feldkamp

Was lange währt, wird endlich gut – oder – was kann eine Frau besser als ein Mann?

Nachdem die meisten Bauherren jetzt bereits 2-3 Jahre in ihrem neuen Domizil leben, haben die Straßenendausbauarbeiten wie verhandelt am 14.09.20 begonnen. Die Arbeiten sind noch vor Weihnachten 2020 fertig gestellt worden.



Dass der Endausbau nun noch fertig geworden ist, ist ein Verdienst der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Bürgermeisterin und dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft, die sich aus den Anliegern des Neubaugebietes Feldkamp gebildet hat. Beide haben das Geschick entwickelt, auf den Erschliesser zuzugehen, und ihn motiviert, den Endausbau fertig zu stellen.

Das wäre so nicht möglich gewesen, wenn der ehemalige Bürgermeister noch im Amt gewesen wäre. Beide Parteien (Erschliesser und Gemeinde) waren sich derart uneinig, dass es sogar einen Prozess vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig gab, den die Gemeinde dann verloren hat. Lt. Gerichtsbeschluss war der Erschließungsvertrag ungültig. Die Argumentation von Altbürgermeister Owerien war dann: „Wir haben die Verträge so gestaltet wie in der Vergangenheit“. Dabei wurde aber nicht berücksichtigt,

dass es zwischenzeitlich Gesetzesänderungen gegeben hatte. Durch das entstandene Chaos sind nicht nur den Anliegern, sondern auch der Gemeinde erhebliche Kosten entstanden.

Vermutlich war die Amtszeit des ehemaligen Bürgermeisters zu lang (3 x 6 Jahre) – es ist nur allzu verständlich, wenn dann eine gewisse „Amtsmüdigkeit“ gepaart mit einer „vermeintlichen Routine“ in die falsche Richtung läuft.

Aber schauen wir nach vorne – ein paar Restarbeiten (Spielplatz und Knick als „Ausgleichsfläche“) und Mängel müssen noch im Frühjahr 2021 beseitigt werden – alle Anwohner konnten jetzt Weihnachten ihre „Gummistiefel“ unbenutzt im Schrank stehen lassen.



Wir wünschen Bürgermeisterin Schäfer weiterhin ein „gutes Händchen“, mit der Empathie einer Frau, in Zukunft so manche Unwägbarkeit zum Wohle aller Bügerrinnen und Bürger erfolgreich zu umschiffen.

Jörg Fock
Gemeindevertreter

Klarstellung der WUB

... zum Artikel der CDU im Reporter vom 25.11.2020 oder, wie die Wahrheit mal wieder gebeugt werden soll.

Unter der Rubrik aus der Fraktion schreibt die CDU, „mit allen politischen Partnern einen fairen, sozialen und förderlichen Kompromiss zu finden. Steuererhöhungen sollten dringend vermieden und die angelaufenen wichtigen Investitionen umgesetzt werden.“

Hier wird von der CDU versucht, die Verantwortung für die desaströse Finanzlage der Gemeinde Scharbeutz auf alle Fraktionen zu verteilen. Nur leider wird hier nicht mitgeteilt, wer diese Situation verursacht hat. Dies käme ja auch einem Schuldeingeständnis gleich. Die WUB hat schon in den letzten 10 Jahren darauf hingewiesen, dass die Geldausgabepolitik der Gemeinde diese an einen Abgrund führen wird. Heute sind wir einen Schritt weiter.

Ja, der Umgang unter den Fraktionen ist fair geworden. Aufgrund der finanziellen Situation wird es erhebliche Einschnitte bei den freiwilligen sozialen Leistungen geben müssen. Auch wird mittlerweile ganz offen für eine Grundsteuererhöhung geworben. Man könnte aber auch auf „angelaufene wichtige“ Projekte verzichten oder zumindest den Weiterbau stoppen. Aber das wäre auch wieder ein Schuldeingeständnis.

Die WUB hat bei allen Bauprojekten auf die zu erwartenden Mehrkosten hingewiesen und hat die anderen Parteien zu einem maßvollen Umgang mit den Steuergeldern aufgefordert. Die Einwände der WUB wurden klein geredet und weggewischt.

Das der Gewinn des Tourismus „sagenhafte“ 60.000,- Euro beträgt, davon wird nicht berichtet. Nur von der überraschenden Kostensteigerung für die Bauprojekte in Haffkrug,

Scharbeutz und Klingberg. Hier sind Kostenverdopplungen an der Tagesordnung, schnell werden aus 3 Mio mal ganz nebenbei 5 Mio oder statt 1 Mio eben mal 2 Mio Euro, und die Baumaßnahmen sind noch lange nicht zu Ende. Aber das ganz dicke Ende kommt noch mit den Schulneubauten. Gerade der Neubau in Pönitz sollte anfangs 15 Mio kosten. Jetzt, noch bevor auch nur ein Stein bewegt wurde, ist man schon bei 21 Mio Euro. Die WUB hat die Kostensteigerung vorhergesehen und daher dieses nicht notwendige Projekt abgelehnt. Mit diesem Projekt wollten sich deren Befürworter und Förderer ein Denkmal setzen. Dies einzugestehen käme wieder einem Schuldeingeständnis gleich.

Für die Umwelt will die CDU einen Klimamanager einstellen. Da bleibt der WUB nur eine Frage: Wer soll das bezahlen und wovon? Offensichtlich hat die CDU noch nicht gemerkt, dass die Gemeinde, wenn sie wie ein privates Unternehmen geführt werden würde, schon seit Jahren pleite wäre. Dies einzugestehen wäre wieder einmal ein Schuldeingeständnis.

Durch alle diese Entscheidungen der Vergangenheit wird es in den nächsten 20 Jahren so gut wie keinen finanziellen Spielraum für die Gemeinde mehr geben. Steuererhöhungen werden nur der erste Griff in die Tasche der Scharbeutzer Einwohner sein.

Die Schuld an dieser Situation tragen: CDU, SPD, FDP und Die Grünen. Aus all diesen Gründen hat die WUB auch den Haushalt 2021 abgelehnt.

Anja Bendfeldt, Fraktionsvorsitzende

Straßenausbaubeiträge

Mit der Informationsveranstaltung über das Ergebnis der Arbeitsgruppe Straßen-
ausbaubeiträge, in Pönitz vom 22.09.2020, kommt gut zwei Jahre nach der
Kommunalwahl ein Ergebnis auf den Tisch.

Auf der Gemeindevertretersitzung am 09.12.2020 ist diese neue Satzung dann beschlossen worden. Die neue Satzung stellt eine erhebliche Verbesserung zu der alten Satzung dar.

Eckgrundstücke werden „nur“ noch zu 50 % von jeder Straßenseite belastet. Auch wurde die zur Berechnung herangezogene Grundstückstiefe im Sinne der Anwohner verbessert. An den Prozentsätzen wurde auch noch gedreht. Von ehemals mehr als 70% werden nur noch etwas mehr als 50% der anteiligen Kosten an die Anlieger weiter berechnet. Dies hört sich zunächst einmal klasse an. Allerdings hat die WUB dieser neuen Satzung nicht (!) zugestimmt. Schließlich hat die WUB sich in ihrem Wahlprogramm ganz klar für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Die anderen politischen Parteien in der Gemeinde Scharbeutz haben gehofft, dass das Land der Gemeinde entgegenkommen würde. Hier wurden wieder einmal falsche Hoffnungen geweckt.

So ist Wahlkampf. Wenn ich keine Meinung zu einem Thema habe, wird eine Aussage gemacht, die einfach nichts aussagt. Die anfängliche Euphorie des Modells „kosten uns nix – das Land zahlt“ wurde schnell mit der Großzügigkeit des Landes belegt. So konnte dann auch relativ schnell eine Einmalzahlung in Höhe von ca. 60.000,00 € in Empfang genommen werden. Allein der Ausbau des Kiepenberg soll € 15,0 Mio. kosten. Aufgrund der aktuellen finanziellen Entwicklung werden weitere Zahlungen des Landes wohl ausbleiben. Die WUB hat schon vor mehr als 10 Jahren die politischen Mehrheiten in

der Gemeinde Scharbeutz zur Sparsamkeit aufgefordert. Diese Forderungen blieben ungehört. Stattdessen ging die „Verschwendungssucht“ ungebremst weiter. Hätte man sich in der Vergangenheit auf das Notwendigste beschränkt, stünden uns heute ca. € 30 Mio, bei gleicher Schuldenlast wie heute, zur Verfügung. Damit wäre der Kiepenberg mehr als finanziert – und das ohne finanzielle Beteiligung der Bürger. Die WUB ist der Meinung, dass eine Zustimmung zu der neuen Satzung von den anderen Parteien als eine verspätete Zustimmung zu den „Verschwendungsprojekten“ gesehen wird. Es ist langsam mal wieder an der Zeit, Geld sinnvoll in die Gemeinde zu investieren!

Die WUB Fraktion hat sich im Dezember 2020 mit einer Begehung vor Ort von den Baufortschritten in der Görlitzer Straße überzeugt. Die neu erstellten Parkplätze vor den Häusern sind mit roten Pflastersteinen und Granitabgrenzungen farblich vom restlichen Straßenbild abgegrenzt worden. Diese aufwändige Parkplatzgestaltung ist hinsichtlich knapper Kassen nicht erforderlich. Die WUB hat daher Frau Bürgermeisterin dahingehend gebeten, bei zukünftigen Planungen eine günstigere Variante zur Parkplatzgestaltung zu berücksichtigen, um die Anwohner als auch die Gemeindekasse nicht unnötig zusätzlich mit Kosten zu belasten. Diesem Vorschlag hat Frau Schäfer zugestimmt und wird das bei zukünftigen Projekten dieser Art berücksichtigt.

*Frank Redeker,
bürgerliches Mitglied*

Bürgermeinung

Bürgermeisterin Bettina Schäfer. Zitat vom 19.12.2020:
„Wenn (...) Begegnungen von Offenheit, Ehrlichkeit und Vertrauen geprägt sind,
(...), ist das ein bedeutender Schritt.“

Zum Jahresende 2020 wurde es in den Kommunen spannend. Haushaltsentwürfe für das Jahr 2021 wurden beschlossen bzw. aufgestellt. Dem interessierten Leser wird blüherant, wenn er liest, mit welcher Akrobatik Investitionen klein gerechnet, bekannte Risiken ignoriert werden und preiswerte Alternativen ungeprüft bleiben. So auch der Haushalt der Gemeinde Scharbeutz für das Jahr 2021.

Wen wundern da eigentlich Preissteigerungen für beide Seebrücken um 5,7 Mio Euro (ca. 70%), ohne weitere notwendige Kosten für Abriss (auch der sanierungsfähigen Seebrücken) und Anbindungen an die Promenaden, jeweils mindestens im sechsstelligen Euro-Bereich.



Mit Ausstattungen, die kein Mensch braucht, siehe Seebrücke Niendorf.

Macht nichts, man rechnet ja mit hohen Steuereinnahmen. Vielleicht durch Erhöhung der Grundsteuer und anderen Gemeindeabgaben? Aber auch Fördermittel sind Steuergelder, mit denen man sorgsam umgehen muss.



Beide geplanten Seebrücken (dann inflationäre fünf allein in der Lübecker Bucht) werden nur kurzfristig eine Attraktion für Besucher sein, die für zusätzliches Verkehrsaufkommen und den damit einhergehenden negativen Begleiterscheinungen sorgen werden.

Ein Blick zu einem Mitbewerber, dem Ostseebad Grömitz mit weit höheren Übernachtungs- und Gästezahlen, zeigt, dass es auch anders geht. Dort lässt man sich nicht auf einen ruinösen Wettbewerb der Brückenbauergemeinden ein, die vorhandene Seebrücke wurde saniert. Dort scheint man zu wissen, was der Gast erwartet, bestimmt keine Beliebigkeiten.

Sinnvoller wäre es, mit diesem Geld die Bürger der Gemeinde bei den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten! Dies hätte den Charme, dass alle Bewohner einen Vorteil haben und nicht nur die Tourismus-Profiteure.

*Gernot Duy,
Bürger der Gemeinde Scharbeutz*

Kommt sie, kommt sie nicht: Die Bäderbahn?

**Es ist wie bei der Echternacher Springprozession: Zwei Schritte vor, einen zurück:
Bisweilen auch: Zwei vor, zwei zurück!**

Wenn es nach den Vorstellungen unserer Politik ginge, würde die Bäderbahn passend zu ihrem 100-jährigen Jubiläum mit der Inbetriebnahme der Neubaustrecke zur FFBO 2028 stillgelegt werden. Gebaut wurde sie 1928, um Gästen und Einwohnern eine bessere Verbindung zu den aufstrebenden Ostseebädern der inneren Lübecker Bucht zu bieten.



Die geplante Stilllegung betrifft besonders unsere beiden Bädergemeinden Timmendorfer Strand und Scharbeutz: Der Bahnhof von Timmendorfer Strand soll um ca. 7 Km nach Ratekau und der von Scharbeutz um ca. 2 Km an den Ortsrand verlegt werden. Beide Bahnhöfe sind dann nicht mehr fußläufig, sondern nur noch mit Bus oder PKW zu erreichen. Betroffen wären nicht nur ca. 700.000 Fahrgäste pro Jahr, vorwiegend Schüler, Azubis, Pendler, Feriengäste, Familien mit Kindern und ältere Menschen. Betroffen wäre vor allem die touristische Wirtschaft, weil Gäste zukünftig fortblieben und Mitarbeiter nur noch erschwert zur Arbeit kommen würden.

Über 7.000 Bürger*innen haben sich deshalb bei einer Petition im Sommer 2018 für den Erhalt der Bäderbahn ausgesprochen.

Als Ersatz für die Stilllegung hatte Minister Buchholz 2017 die „größte und wichtigste Lärmschutzmaßnahme der Ostseeküste“ für die geplante Neubaustrecke und einen autonom fahrenden Bus-Shuttle auf der Trasse der Bäderbahn angekündigt. Und dabei blieb es bisher.

Mit Beschluss des Bundestags zur Neubaustrecke vom Juli 2020 wird der Lärmschutz fast ausschließlich auf das gesetzliche Mindestmaß beschränkt. Damit ist auch der gemeinsame Schallschutz von Autobahn A1 und Neubaustrecke vom Tisch, von dem sich unsere Gemeinde viel erwartet hatte. Das wird sich besonders für die Haffkruger*- und Scharbeutzer*innen katastrophal auswirken, denn die Lärmbelastung ist bereits jetzt schon sehr stark.

In der Erwartung, dass sich niemand bewerben würde, hatte die DB Netz AG den Trassenabschnitt Ratekau bis Haffkrug im Juni 2020 öffentlich ausgeschrieben. Sie wollte damit zugleich den Nachweis liefern, dass kein Interesse an dem weiteren Betrieb dieser Trasse bestehen würde. Zur allgemeinen Überraschung hatten sich darauf zwei private Eisenbahnunternehmen mit der Absicht beworben, eine moderne Bahnverbindung zwischen Neustadt und Lübeck aufzubauen. Dazu sollten der Neu- bzw. Ausbau der Bahnhöfe sowie die Elektrifizierung der Strecke gehören.

Weil dieses Ergebnis nicht in die bisherige Planung passte, hob die DB Netz AG ihre erste Ausschreibung kurzerhand auf und

kündigte eine geänderte Ausschreibung für Mitte Dezember 2020 an. Darauf warten nun alle sehr gespannt.

Die Frage, ob und in welchem Maß die Bäderbahn ausgebaut wird, betrifft sowohl die zukünftigen Fahrgäste als auch die weitere Entwicklung unserer Ortschaften, aber auch die Finanzen unserer Gemeinde. Zum Beispiel sind die Unterhaltungskosten der Infrastruktur wie Straßen und Parkplätze der neuen Bahnhöfe anteilig von unserer Gemeinde mitzutragen. Die Kosten für die zubringenden Busse zu den außenliegenden Bahnhöfen würden nach der bisherigen Regelung vom Kreis übernommen, werden aber letztlich von den Gemeinden per Kreisumlage getragen.

Für unsere Gemeinde geht es um grundsätzliche Fragen. Zum Beispiel:

- Brauchen wir zukünftig je 2 Bahnhöfe in Scharbeutz und Haffkrug?
- Wie soll zukünftig die Verbindung Lübeck-Hamburg aussehen?
- Welchen Anforderungen muss ein zukünftiger Zubringerverkehr zu den Bahnhöfen genügen?
- Welche Möglichkeiten bietet der Ausbau der Bestandsstrecke, um einen verbesserten Schallschutz zu erreichen?

Unter dem Eindruck der weltweiten Klimaveränderungen hatte die Bundesregierung im Herbst 2019 in ihrem Klimaschutzprogramm 2030 über 100 Mrd. € für den Ausbau und die Erweiterung des Bahnverkehrs bereit gestellt. Die EU hatte Ähnliches mit dem „Green Deal“ beschlossen. Bestehende Trassen sollten ertüchtigt und alte Bahntrassen reaktiviert werden: 1.000 Km nach den Vorstellungen der Bundesregierung, 3.000 Km fordern die Grünen. Damit sollen möglichst 50% des derzeitigen privaten PKW-Verkehrs



auf die Schiene umgeleitet werden, damit so die angestrebte Verkehrswende erreicht werden kann. Wie verträgt sich das mit der immer noch öffentlich geforderten Stilllegung der Bäderbahn?

Private Eisenbahnunternehmen haben die Chance erkannt, die sich daraus für ein zukunftsfähiges, modernes Transportsystem ergeben und sich deshalb um die Trasse beworben. Und wie sieht es in unserer Gemeinde aus?

Im Juni 2018 hatte sie - zwar unter ganz anderen Bedingungen - die Stilllegung der Bäderbahn mehrheitlich beschlossen. Inzwischen haben sich die damaligen Bedingungen grundlegend geändert. Wäre es nicht höchste Zeit, den damaligen Beschluss rückgängig zu machen? Wäre es nicht an der Zeit, sich aktiv in die Gestaltung der zukünftigen Verkehrsanbindung einzubringen? Wenn wir das nicht tun, machen es andere für uns. Dann aber nicht nur zu unserem Vorteil.

*Dr. Jörg Lohmann,
für die Bürgerinitiative Pro Bäderbahn*

WUB

Wählergemeinschaft unabhängiger
Bürgerinnen und Bürger

Der Klingberger Apfel-Steig

Orte, Menschen und Ihre Ideen: Es geht um den schönen Ort Klingberg. Er zählt zu Scharbeutz. Obstanbau und Klingberg sind untrennbar miteinander verbunden.

Die Bedeutung von Leben im Einklang mit der Natur beschreibt die Eigenlogik dieses Ortes. Die Menschen, die sich hier zu Hause fühlen, genießen es, eher versteckt zu leben, abseits der Küste. Sie fühlen sich durch das Motto der Gründer Klingbergs, „Menschen

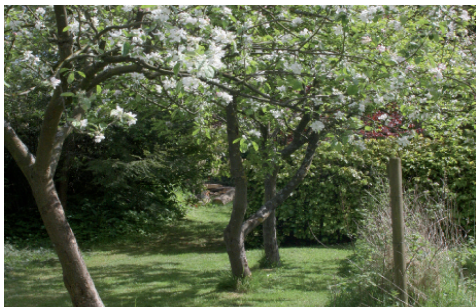


leben im Einklang mit der Natur“ angesprochen. Zum Ursprung Klingbergs zählt der Obstanbau. Er dominierte bis in die 70er Jahre das wirtschaftliche Leben. Im Laufe der Zeit verschwand der wirtschaftliche Obstanbau aus dem Ort. Engagierte Klingberger haben jedoch vorhandene Flächen u.a. gemeinschaftlich erworben, um den Apfelanbau jetzt auf biologische Weise zu erhalten. Es erscheint heute aktueller denn je, Lebensqualität, Gesundheit, Umwelt und Regionalentwicklung zusammen zu betrachten. Alles hat miteinander zu tun. Deshalb engagieren sich Bürger*innen als Initiative Oberer Klingberg dafür, die Ursprungsidee der Gründer*innengeneration des Ortes wieder sichtbar zu machen.

Erste Idee ist der „Klingberger Apfel-Steig“. Der Apfel wurde als Dreh- und Angelpunkt der Ortsentwicklung identifiziert. Ausgehend vom Apfel ist es das Ziel, Themen wie

„Gesunde Ernährung“, „Naturerleben“, „Landschaftsschutz“ und „Lebensqualität“ ins Bewusstsein von Einheimischen und Besuchern zu bringen. Mit zunehmender Bedeutung von bildungstouristischen Angeboten in der Region bietet es sich an, den bereits vorhandenen Wanderweg (Eduard-Seiler-Weg) entlang der vorhandenen Apfelwiesen als „Klingberger Apfel-Steig“ auszugestalten. Damit würde Lernen in der Natur gefördert und an die Ursprungsidee des Ortes erinnert.

Kurzfristig wirbt die Initiative für eine ergänzende Pflanzung neuer Apfelbäume mit alten, schützenswerten Sorten als Obstlehrpfad direkt entlang des Eduard-Seiler-Weges. In der kürzeren Vergangenheit wurde hier abgeholzt und noch nicht wieder aufgeforstet. Mit Schildern an den Obstgehölzen könnten die einzelnen Sorten erklärt werden. Dies ermöglicht die Chance,



alte Sorten kennen zu lernen. Mittelfristig geht es um die Renaturierung der angrenzenden Naturlandschaft. Der Rad- und Wanderweg grenzt unmittelbar an ein Feuchtbiotop an und führt entlang der Heidebek. Die Besonderheit dieser Naturlandschaft könnte durch eine kleine Aussichtsplattform zugänglich werden.

Die Initiative ist sich einig, dass man mit ersten realistischen kleinen Schritten beginnen möchte. Ungeachtet dessen, denkt man groß und sieht die Neuanpflanzung von Obstflächen, die Renaturierung und den Erhalt von Flächen, Feuchtgebieten/Gewässern durch Maßnahmen gegen die fortschrei-

tende Verlandung und Verbuschung des Gewässers. Es dient zum Schutz der bereits gesichteten blauen Moorfröschen, Laubfröschen und Ringelnattern sowie dem Eisvogel in Klingberg als langfristiges Ziel.

IOK, Initiative Oberer Klingberg

Bezahlbarer Wohnraum in Scharbeutz

Die Möglichkeiten sind begrenzt, aber es gibt sie. Um überhaupt Bewegung in diese Sache zu bekommen, stellte die WUB am 26.05.2020 folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Plan mit allen Flächen (ab 250 m²), die unbebaut und im Besitz der Gemeinde Scharbeutz sind, zu erstellen.

Begründung:

In der jüngsten Vergangenheit wurde deutlich, dass es in der Gemeinde Scharbeutz an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass selbst Wohnungsbaugenossenschaften zurzeit nicht in der Lage sind, diesen zu erstellen. Die WUB empfindet Mietpreise zwischen 12,- und 14,- € als nicht bezahlbar, gerade für Ältere, Alleinstehende und Personen im unteren Lohnbereich.

Bisher wurde seitens der Politik und der Verwaltung, nach Meinung der WUB, zu wenig oder nichts Zielführendes getan. Dieser Antrag soll nun ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Wir bitten um rege Diskussion und Zustimmung zu unserem Antrag.

Dieser Antrag wurde am 11.08.2020 nur angenommen, wenn die Begründung wegfallen wird. Es wurde dann ein Plan von der Verwaltung vorgelegt, leider überwiegend mit Flächen wie dem Bedarfsparkplatz in Haffkrug oder dem Eingang zum Kurpark in Scharbeutz. In einigen Ortschaften hat die

Gemeinde wohl keinen Grundbesitz über 250 m². Lieber lässt man Grundstücke mit Ruinen über Jahre liegen. Offensichtlich verspürt die Verwaltung keine Lust, sich ernsthaft damit zu beschäftigen. Es ist ja auch leichter, diese irgendwann einmal an „gemeinnützige“ Unternehmen, die dann wieder 12 bis 14 € per m² Kaltmiete nehmen, zu veräußern.

Leider erfährt die WUB von den anderen Parteien bei diesem Thema auch keine Unterstützung, obwohl sich vor der Wahl alle für „bezahlbaren Wohnraum“ stark gemacht haben. Für Seebrücken und Kurparkhäuser werden Arbeitskreise ins Leben gerufen. Offensichtlich sind diese Projekte wichtiger. Dort geht es ja schließlich auch um den Tourismus, der mit „sozial“ wohl nicht viel am Hut hat.

Vielleicht kommt ja nach diesem Bericht etwas Bewegung in die Sache. Es wäre zum Vorteil aller!

*Jens Teschke,
WUB-Vorsitzender*

Immer am Puls der Gemeinde:
www.wub-scharbeutz.de

Kommunalpolitik: Warum es sich nicht lohnt

Der Titel dient als eine kleine Provokation, in der Hoffnung auf etwas mehr Aufmerksamkeit.

Schon 1980 habe ich mich, seinerzeit noch Niedersachsen, zeitweise um Kommunalpolitik gekümmert, erst in einer Jugendorganisation einer der sog. C-Parteien, dann in der C-Partei selbst.

Dort habe ich gelernt, dass ich erst mal gar nichts zu sagen hatte – egal wie gut oder schlecht die eigenen Ideen waren – keiner wollte sie hören. Die Mitgliedschaft war ein Vehikel für bestimmte Kreise, die eigenen Interessen durchzusetzen, meist im Zusammenhang mit der Widmung von Flächen als Bauland.

Und mit dem C hatte die Partei überhaupt nichts im Sinn. Man könnte es auch anders ausdrücken: heute würden die Jesus, käme er nochmal auf die Erde, nicht kreuzigen, sondern in die Klappe sperren.

Das frustrierte und führte – wie bei so vielen Mitbürgern – in die innere Immigration: nicht mehr wählen gehen, lass die doch machen, du erreichst sowieso nichts.

Dann kam ich nach Ostholstein und erlebte das Déjà-Vu: gerade eben hatten die Kreisoberen die Kronjuwelen „Entsorgung“ und „Krankenhäuser“ für ein Butterbrot und einen Appel an Private verscherbelt. Es stiegen die Müllgebühren ins Exorbitante, Kinder wurden nach Klinikschließungen reihenweise im Rettungswagen geboren, während sich private Investoren Millionengewinne nach Hamburg, Bremen und München überweisen konnten.

Und es war sicher nur Zufall, dass sich unser früherer Bürgermeister Ulrich Rüder (C-Partei) einen Tag nach seinem Ausscheiden aus dem Amt bei genau dem Unternehmen als selbsternannter Kommunal- und Unternehmens-

berater verdingte, das sich für eben jenes Butterbrot und den Appel das Kronjuwel „Entsorgung“ unter den Nagel reißen durfte.

Da habe ich so bei mir gedacht: mit mir nicht, und bin bei den Grünen eingetreten, der „geborenen“ Protestpartei. Da muss doch was gehen.

Doch es war erstaunlich: ich musste, dreißig Jahre nach meinen ersten Schritten in der Kommunalpolitik erfahren, dass ich auch dort nichts zu sagen hatte: keiner wollte es hören, den Protest, keine Unterstützung, keinen Rückhalt, stattdessen wurden meine Themen von der Tagesordnung gestrichen und die „große Vorsitzende“ spann Intrigen, wie ich sie damals nicht einmal in der C-Partei erlebt hatte. Die Grünen hatten offenbar dazugelernt – und ich nicht!

Das hat dann für mich letztlich den Ausschlag gegeben, der WUB beizutreten und die Bürgerinitiative „Müllrebelln Ostholstein“ zu gründen.

Endlich Ergebnisse: mit gebündelten Kräften gelang es – gegen die Kommunalpolitik – und über den Umweg unserer erstaunlich unabhängigen Gerichte – beim Oberverwaltungsgericht alle Schmutzeleien aufzudecken, die Privatisierung der Müllbranche zurückzudrehen und die privaten Investoren heraus zu drängen.

Folge: wieder moderate Müllgebühren und unsere Müllmänner werden endlich nach TVöD bezahlt.

Schade an der Erfolgsgeschichte nur, dass es die Gerichte waren – und nicht etwa einsichtige Kommunalpolitiker – denen wir das zu verdanken haben.

Wie man an meiner kleinen Geschichte sieht, lohnt es sich doch manchmal, sich einzubringen, sich einzusetzen und es kommt manchmal, nicht immer, etwas Gutes dabei heraus.

In diesem Sinne erlebe ich meine Mitstreiter bei der Arbeit für die WUB: voller Einsatz und keiner weiß im Voraus, was sich politisch erreichen lässt. Bei allem Engagement steht immer der Wille nach gerechten und trans-

parenten politischen Prozessen im Vordergrund – und nicht der persönliche Vorteil! Damit werden wir wahrscheinlich nie einen Bundeskanzler stellen, nicht einmal einen Kreispräsidenten, aber manchmal reicht es schon, der berühmte Stein im Schuh zu sein, damit „die da“ wissen, dass sie mit uns nicht machen können, was sie wollen.

Martin Kienitz, bürgerliches Mitglied

WUB zur Neubesetzung des Bauhofleiters

Zum 01. Februar 2020 musste die Stelle des Bauhofleiters neu besetzt werden, da die bisherige Leiterin Frau Schäfer unsere neue Bürgermeisterin geworden ist.

Eine öffentliche Ausschreibung ist erfolgt, auf der Homepage der Gemeinde und in den üblichen Tageszeitungen. Es soll 11 Bewerbungen gegeben haben, allerdings wurden nur 5 zur Auswahlkommission zugelassen.

Ein Kandidat stach besonders hervor, nicht weil die Politik von seiner Eignung besonders angetan war, denn die Politik hat in dieser Auswahlkommission kein Mitspracherecht.

Was die WUB aber stört ist, dass es sich hier um einen Gemeindevertreter handelt. Dass dieser dann auch noch einen ortsansässigen Elektrobetrieb besitzt, der in der Vergangenheit einen nicht unerheblichen Teil seiner Aufträge über den Bauhof erhielt, ist schon eine besondere Situation. Es hilft auch nicht, wenn dieser dann sein Mandat niederlegt, was nicht zwingend vorgeschrieben ist. Dafür wird der Kandidat 1. Vorsitzender des Ortsverbandes seiner Partei. Sicherlich war es auch kein Vorteil, dass man mit fast allen Mitgliedern der Auswahlkommission per Du ist.

Rechtlich gesehen ist alles in Ordnung.



Der WUB geht es hier um die Außendarstellung der Gemeinde Scharbeutz. In einem Jahr erinnert sich kein Wähler mehr daran, dass der Kandidat der Beste war. Was aber bleibt, dass er aktiv in der Politik war und ist! Und der Wähler wird dann Worte wie „Klüngel“ oder „Gemauschel“ für diese Stellenvergabe benutzen.

Aus Sicht der WUB sind genau solche unsensiblen Praktiken Gründe für ein Fernbleiben bei den Wahlen oder für eine Protestwahl. Was dabei heraus kommen kann, sieht man ja zurzeit in der großen Politik. Dies wollen wir verhindern!

Dirk Hadeler, bürgerliches Mitglied

Verabschiedung des Bürgermeisters

Nein, wir sind nicht beleidigt oder enttäuscht. Wir sind entsetzt, wie in der Gemeinde Scharbeutz mit der Demokratie umgegangen wird.

Jedes Jahr im Herbst werden die Haushaltsgespräche im Finanzausschuss der Gemeinde geführt. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 28.11.2019 wurde der Haushalt für 2020 abgesegnet und man beschloss diesen der Gemeindevertretung vorzulegen. Der Haushalt wurde dann am 11.12.2019 auf der Gemeindevertretersitzung beschlossen.

Bei Verlassen der Sitzung am 28.11.2019 wurde ich auf dem Flur gefragt, ob die WUB einer Erhöhung einer Haushaltsstelle um 6.500,- Euro zustimmen würde. Mit dem Geld soll die Abschiedsfeier des Bürgermeisters finanziert werden. Ich konnte mir als Verabschiedung den Neujahrsempfang als würdigen Rahmen vorstellen. Man könnte auch die neue Bürgermeisterin auf dieser Veranstaltung begrüßen. Den Termin des Neujahrsempfanges hätten wir dann um zwei Wochen, auf Ende Januar, verschoben. Für den „neuen“ Neujahrsempfang konnte auch ich mir eine Erhöhung des Etats vorstellen. Eine extra Abschiedsfeier auf Kosten des Steuerzahlers kam für mich nicht in Frage. Dies geschah alles auf dem Flur unter vier Augen. Meinem Verständnis nach hätten damals die Spitzen aller Parteien zusammen kommen müssen um eine Lösung zu erzielen.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 11.12.2019 wurde der Haushalt beschlossen. Die abzustimmende Fassung des Haushaltes haben die Gemeindevertreter am Freitag den 06.12.2019 erhalten. Bei der Endkontrolle zur Abstimmung hat die Fraktion der WUB festgestellt, dass der Etat bei der Haushaltsstelle „Repräsentationsmittel“ um 9.000,- Euro erhöht wurde. Eine Erläuterung für diese Erhöhung wurde nicht abgegeben. Dies hätte aber

auch in der Finanzausschusssitzung vom 28.11.2019 geschehen müssen. Eine weitere Sitzung des Finanzausschusses hat es nicht gegeben.

In der Gemeindevertretersitzung hat die WUB den Haushalt unter anderem wegen dieser nicht beratenen Erhöhung abgelehnt. Ich hatte das Gefühl, viele der anwesenden Gemeindevertreter hätten dieses nicht bemerkt. Auch hier hätte es noch eine Aufklärung geben müssen, das war aber nicht gewollt oder verboten worden. Die WUB hat selbst an diesem Tag nicht gewusst, wofür das Geld vorgesehen war. Am Ende der Sitzung gab der Bürgervorsteher noch den Termin des Neujahrsempfanges bekannt, am Samstag den 11. Januar 2020. Für die WUB war die Sache abgetan und wir überlegten uns ein passendes Abschiedsgeschenk.

Kurz nach Weihnachten erreichte uns die Nachricht, dass alle Gemeindevertreter am Heiligabend eine Einladung zur Abschiedsfeier, am 24.01.2020 bekommen haben. Das 4 der 5 WUB Gemeindevertreter noch keine Einladung erhalten hatten, wunderte uns nicht. Kam es doch häufiger vor, dass wir Unterlagen mit Verspätung erhalten haben.

Auf dem Neujahrsempfang, der um einiges größer ausfiel als sonst, wurde uns klar, dass wir keine Einladung erhalten sollten. Auf Rückfragen beim Bürgervorsteher und beim 1. Stellvertretenden Bürgermeister stellte sich heraus, dass auch unsere fehlenden Einladungen unterzeichnet worden waren. Alle Einladungen wurden nach Alphabet sortiert und in das Vorzimmer des Bürgermeisters gebracht. Dort müssen dann unsere Einladungen entfernt worden sein.

Ein Leserbrief, nicht von der WUB, sollte veröffentlicht werden. Eine Reporterin der Lübecker Nachrichten hat zu dem Leserbrief recherchiert und mich dazu befragt. Zu keinem Zeitpunkt habe ich oder eines meiner Fraktionsmitglieder gesagt oder geschrieben, dass die WUB nicht an der Verabschiedungsfeier teilnehmen wird. Solch eine Behauptung konnte man erst einige Tage später aus den LN entnehmen.

Trotz allem wünscht die WUB Herrn Owerien alles Gute für seinen weiteren Lebensweg. Da wir nicht an der Abschiedsfeier teilnehmen durften, hat sich die WUB dazu entschieden, sein Abschiedsgeschenk in der Höhe von 250,- Euro an die Tafel Timmendorfer Strand/Scharbeutz zu spenden.

*Jens Teschke,
WUB-Vorsitzender*

Das Kostbarste, was wir haben?

Weil Kinder das Kostbarste sind, was wir haben, kann man jedes Jahr wieder Schilder der Verkehrswacht und eines Radiosenders an den Straßenrändern in der Nähe von Schulen und Bushaltestellen sehen.

Die WUB findet, dass dies eine wirklich gute Idee ist.

Doch im Jahr 2020 scheint sich etwas verändert zu haben. Plötzlich hat auch die Landes-CDU ihr Herz für Kinder entdeckt. Bisher hat ja unsere Landesregierung (deren Mitglied u.a. auch die CDU ist) sich gegen eine höhere Strafe, wie z.B. Fahrverbote (mehr als 20 Km/h über Tempolimit), für Raser vor Kitas und Schulen ausgesprochen.

Schnell wurden Schilder der Verkehrswacht um- bzw. weggehängt. Dieses wurde dann auch durch den Bauhof der Gemeinde Scharbeutz erledigt. Zufälligerweise ist der Leiter des Bauhofes gleichzeitig auch 1. Vorsitzender des Ortsverbandes der CDU. Jetzt könnte der Gedanke kommen, ach ja, die Bundestagswahl kommt. Und wie es in einer großen Familie ist, da wird sich gegenseitig unterstützt. An Schulen kommen ja viele Wähler und Neuwähler vorbei.

Diese Idee der Werbung ist allerdings nicht neu, nur halten sich alle anderen an eine Bannmeile um Schulen, Kitas und Wahlbüros.



Dies ist sicherlich nicht ganz freiwillig, denn es gibt ja Gesetze die dies verbieten! Was bleibt der Landesregierung jetzt übrig? Um den Verdacht der Wahlwerbung von sich zu weisen, es geht hier ja nur um den Schutz der Kinder, müsste das Gesetz jetzt aufgehoben werden. Wir freuen uns schon auf die Farbenvielfalt der anderen Parteien. Von Hellblau über Gelb, von Rot bis Grün. Kinder lieben ja bunte Farben. Könnte aber zu viel Farbe die Kinder nicht ablenken und so noch mehr gefährden?

*Wilfried Schebeko,
WUB-Gemeindevertreter*